

14.33

Bundesrat Martin Weber (SPÖ, Steiermark): Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Frau Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vorausschicken, wir werden diesen Mittelstandsbericht 2018 zur Kenntnis nehmen.

Meine Vorrednerin ist schon sehr detailgetreu auf manche Berichtsteile eingegangen. Sie greifen auf die vorangegangene Gesetzgebungsperiode zurück, die meisten Zahlen und Daten stammen ja aus Zeiten der Vorgängerregierung, sind demnach schon ein wenig veraltet. Darum möchte ich in diesem Zusammenhang auf die aktuellen Prognosen eingehen.

Derzeit zeigen die aktuellen Prognosen, dass der Wirtschaftsaufschwung geringer als erwartet sein wird. In der neuesten Wifo-Konjunkturprognose vom März wurde das prognostizierte Wirtschaftswachstum Österreichs für das Jahr 2019 auf 1,7 Prozent nach unten korrigiert. Im März des Vorjahres war man noch von einem Wirtschaftswachstum von plus 2,2 Prozent für das heurige Jahr ausgegangen. Damit wird auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit vorerst ein Ende finden und die Arbeitslosenquote wird sich bei knapp über 7 Prozent einpendeln. Experten gehen davon aus, dass die Arbeitslosigkeit sogar wieder stärker steigen wird. Man geht davon aus, dass rund 400 000 Personen arbeitslos sein werden (*Bundesrat Steiner: Wahrsager!*), das entspricht der doppelten Einwohnerzahl von Linz. (*Bundesrat Steiner: Weber ist Wahrsager!*) Nationale wie internationale Expertinnen und Experten empfehlen, heute schon Vorbereitungen zu treffen, um diesem abflauenden Wirtschaftswachstum entgegenzuwirken. Die Bundesregierung hat bis heute leider keinerlei vorbereitende Maßnahmen angekündigt und es droht, dass diese Entwicklung verschlafen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vor allem hat sie aber nichts für die KMUs in Österreich getan, auch, wenn die Vorrednerin die KMUs sehr gelobt hat. Aus dem vorliegenden Bericht geht aber hervor, dass über zwei Drittel der Beschäftigten in diesen KMUs arbeiten. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Wirtschaftspolitik hat in erster Linie den Zweck, Menschen in Beschäftigung zu bringen, um ihnen ein gutes Leben in Würde zu ermöglichen. Und genau das geht mir und uns bei dieser Bundesregierung im Besonderen ab. (*Zwischenruf bei der FPÖ.*)

Was wollen Sie tun, um diese wieder steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Das Wifo analysiert – das Wifo ist nicht unsere Denkwerkstatt, das Wifo ist in der Nähe der ÖVP angesiedelt –, dass der private Konsum immer mehr zur Stütze der Konjunktur in Österreich wird, was unter anderem an den leicht überdurchschnittlichen Lohnabschlüssen für 2019 liegt. Ich danke den Gewerkschaften für diese hervorragenden Lohnabschlüsse! Die aktuellen Arbeiterkammerwahlen – auch in der Steiermark: plus 6,7 Pro-

zentpunkte für die FSG – zeigen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon längst erkannt haben, wer die wahren Arbeitnehmervertreter sind und wer sich nur zum Schein Arbeiterpartei getauft hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Bundesregierung sollte sich schon jetzt auf das abflauende Wirtschaftswachstum vorbereiten. Diesen Appell richten auch alle nationalen und internationalen Expertinnen und Experten an die europäischen Regierungen, ein solcher Appell ist auch bereits durch die OECD erfolgt. Die Chefökonomin der OECD definierte drei wesentliche Herausforderungen für die kommenden drei Jahre: Die Menschen qualifizieren, damit sie den Herausforderungen der Wirtschaft gewachsen sind. Wir müssen die Vorteile aus der Digitalisierung nutzen und die Menschen dafür dementsprechend vorbereiten. Wir müssen bereits jetzt ausreichende Investitionen vorbereiten, damit wir in den Jahren der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ab 2020 wirksam entgegensteuern können.

Auch der Chefökonom der Arbeiterkammer, Markus Marterbauer, schlägt in dieselbe Kerbe. (*Bundesrat Samt: Komisch!*) Es muss oberste Priorität haben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Menschen in unserem Land in Beschäftigung zu bringen. Deshalb muss die Bundesregierung ihre Untätigkeit beenden und noch bis zum Sommer ein Konjunkturpaket beschließen, um dem abflauenden Wirtschaftswachstum rechtzeitig entgegenzutreten.

Das SPÖ-Paket zur Stärkung von Wirtschaft und Beschäftigung beinhaltet folgende Punkte. (*Bundesrat Samt: Jetzt wird es gefährlich!*) – Zuhören, dann kannst du etwas lernen! (*Weiterer Zwischenruf bei der FPÖ.*) Für 2019 prognostizierte das Wifo einen möglichen Bruttobudgetüberschuss von 0,4 Prozent, das würde einem Überschuss von knapp 1,6 Milliarden Euro entsprechen.

Dieses Geld ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die diesen Überschuss ermöglicht haben. Dieses Geld muss wieder investiert werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Anstatt alles zu unternehmen, um die Arbeitslosigkeit weiter zu senken, plant diese Regierung, den prognostizierten Budgetüberschuss in einem Steuergeschenk an große Unternehmen verpuffen zu lassen, Stichwort Senkung der Körperschaftsteuer.

Das trifft nicht deine Vertretung, nicht die KMUs, denn von diesem Geschenk profitieren nur wenige Große und die ganz großen Konzerne, denn 80 Prozent der Körperschaftsteuer kommen nur von 5 Prozent der Unternehmen, die meisten KMUs werden davon leider nichts haben.

Wir müssten auch ein Paket zur Stärkung der Wirtschaft und der Beschäftigung schnüren und den Konsum stärken. Die Entlastung der Einkommen durch eine Lohnsteuerreform stärkt den Konsum. Der erste und beste Hebel, den diese Bundesregierung nutzen müsste, um die Konjunktur weiter in Schwung zu bringen, ist die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. (*Bundesrat Seeber: Das macht die Bundesregierung!*)

Es ist ein neuer OECD-Bericht erschienen, dieser Bericht besagt genau das Gegenteil, lieber Kollege. Österreich ist bei den Belastungen der Arbeitseinkommen bei den fünf Stärksten dabei, nur in Belgien, Deutschland und Italien zahlen die Arbeitnehmer noch höhere Abgaben. (*Bundesrat Spanring: ... jahrelang nichts gemacht!*) Die OECD empfiehlt die Abschaffung der kalten Progression und die Gegenfinanzierung durch Kapitalsteuern, aber genau dies wird euren Wahlkampf spendern eben nicht gefallen.

Die Steuerreform für kleine und mittlere Einkommen muss vorgezogen werden, eine vorzeitige Abschreibung als Investitionsanreiz dienen. (*Bundesrat Rösch: Steuerreform kommt!*) Der gemeinnützige Wohnbau muss durch Zweckzuschüsse des Bundes gestärkt werden, um leistbaren Wohnraum zu schaffen, das schafft auch zusätzliche Arbeitsplätze.

In der aktuellen Debatte in Deutschland sehen wir, wie teuer Wohnen in Berlin geworden ist, wir sehen das tagtäglich in den Medien und im Fernsehen. Unsere Bundeshauptstadt hat in Bezug auf leistbares Wohnen eine positive Vorreiterrolle eingenommen. (*Beifall bei der SPÖ. – Bundesrat Samt: Das ist lächerlich!*) – Sie finden das vielleicht lächerlich, ich bin froh, dass die Bundeshauptstadt Wien so viel für leistbares Wohnen tut.

Das Wifo hat erst kürzlich festgestellt, dass uns bis 2030 rund 25 000 Pflegekräfte fehlen werden. Eine Investition in eine FacharbeiterInnenausbildung rentiert sich daher doppelt. Kurzfristig kommen Menschen in Schulungsmaßnahmen, mittelfristig bis langfristig lösen wir dadurch auch das Pflegeproblem. Die älteren Arbeitslosen sind derzeit die einzige Gruppe am Arbeitsmarkt, die leider nicht vom Wirtschaftsaufschwung profitiert haben. Zuletzt ist in dieser Gruppe der Langzeitarbeitslosen 50 plus die Zahl trotz Wirtschaftswachstum sogar wieder gestiegen.

Laut einer Ifes-Studie waren die Teilnehmer an der Aktion 20 000 im österreichischen Durchschnitt rund 45 Jahre alt und vor der Teilnahme rund drei Jahre arbeitslos. Viele waren also nicht nur ein Jahr, sondern deutlich länger ohne Job. Bei dieser Zielgruppe ist laut Studie davon auszugehen, dass nur 10 bis 15 Prozent die Chance haben, wieder einen normalen Arbeitsplatz, eine Beschäftigung am normalen Arbeitsmarkt zu fin-

den. Umgekehrt ausgedrückt: Für 85 bis 90 Prozent der älteren Langzeitarbeitslosen war die Aktion 20 000 die einzige Chance, wieder einer geregelten Beschäftigung nachzugehen. Genau diese Chance hat diese Bundesregierung diesen Menschen leider genommen. (*Zwischenruf der Bundesrätin Grimling.*)

Was ist uns in den letzten Jahren gut gelungen? – Ich komme schon zum Schluss. – Uns ist es gelungen, den Lebensstandard auf hohem Niveau abzusichern. Uns ist es gelungen, die soziale Sicherheit außer Frage zu stellen. Uns ist es gelungen, dass Kranke kein Problem haben, ein Krankenbett zu kommen (*Bundesrat Samt: Was?*), uns ist es gelungen, das Ansehen Österreichs in aller Welt außer Frage zu stellen.

Wir haben eine gute industrielle Aufstellung, darauf können wir stolz sein. Es ist natürlich noch nicht alles perfekt erledigt, aber wir können darauf aufbauen. Was wir nicht tun sollten: Wir sollten das nicht für ein paar wenige gefährden; die Wahlkampfspender und unsere persönlichen Freunde dürfen uns nicht so wichtig sein. Wir sollten für die vielen arbeiten, und nicht für die wenigen. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

14.45

Vizepräsident Hubert Koller, MA: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Mag. Reinhard Pisec. Ich erteile ihm dieses.